

Allgemeine Anträge

zum Bezirksparteitag am 28. Oktober 2017 in Höchenschwand

Antrag Nr. 1 Antragssteller: CDU-Sozialausschüsse Südbaden/ Christlich-Demokratische-Arbeitnehmerschaft

Betrifft: Familien und Kinder stärken

Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

Die CDU Südbaden fordert CDU und CSU auf, in den Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung in Umsetzung des gemeinsamen Regierungsprogramms der Unionsparteien einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Familien und Kindern zu legen. Dabei sollten vor allem die folgenden Maßnahmen prioritär sein:

1. Die im gemeinsamen Regierungsprogramm zugesagte Entlastung der Familien durch eine Anhebung des Grundfreibetrages für Kinder in zwei Schritten soll angesichts der weiter steigenden Steuereinnahmen zeitlich vorgezogen werden.
2. Die zugesagte Einführung eines neuen Baukindergeldes ist schnellstmöglich umzusetzen.
3. Die im gemeinsamen Regierungsprogramm zugesagte Entlastung bei der Grunderwerbssteuer für den Kauf einer selbstgenutzten Wohnimmobilie sollte als vollständiger Erlass für Familien mit mindestens zwei Kindern ausgestaltet werden.
4. Die im gemeinsamen Regierungsprogramm vorgesehene Rentenkommission soll den Auftrag erhalten, auch weitere familienpolitische Komponenten im Rentensystem zu prüfen. So sollte der Vorschlag aus dem Wahlprogramm der Union aus 2005 geprüft werden, pro Kind einen finanziellen Bonus einzuräumen, um so Familien mit Kindern auch bei Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten und deren Beitrag zur Stabilität der umlagefinanzierten Rente besser anzuerkennen.

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

Antrag Nr. 2 Antragssteller: Frauen Union Südbaden

Betrifft: Einheitliche Leitlinien zur Integrationspolitik

Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

Die CDU Südbaden fordert die CDU-Landtagsfraktion und CDU-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass es einheitlich verbindliche Leitlinien zur Integrationspolitik in Bund, Land und Kommune gibt.

49 **Begründung:**
50 Trotz vieler Bemühungen und Veränderungen gibt es immer noch keine bundesweiten einheitlichen Leit-
51 linien zur Integrationspolitik. Zuviel unterliegt der Länderhoheit. So gibt es große Unterschiede in der Ab-
52 schiebepaxis.
53

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

54

55

56 **Antrag Nr. 3** **Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

57

58 **Betrifft: Radikaler Islam**

59

60 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

61

62 Die CDU Südbaden fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Landtagsfraktion dazu auf, dass
63 die Kooperationen mit Dachverbänden, die den radikalen Islam unterstützen, aufgekündigt werden.

64

65 **Begründung:**

66 Um eine gelungene Integration voranzubringen ist es zwingend notwendig, den staatlichen Einfluss aus
67 Istanbul zu verringern. Dazu müssen die staatlichen Geldflüsse aus Istanbul gestoppt werden.

68 Die Finanzierung von Moscheegemeinden aus dem Ausland muss verboten werden

69

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

70

71

72 **Antrag Nr. 4** **Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

73

74 **Betrifft: Einführung des Spracherkennungssystems**

75

76 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

77

78 Die CDU Südbaden fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesinnenminister dazu auf, sich
79 für die unverzügliche Einführung des Spracherkennungssystems bei der Überprüfung von Asylbewerbern
80 und sonstigen Neuankömmlingen beim BAMF einzusetzen.

81

82 **Begründung:**

83 Immer wieder ist die Identität von Flüchtlingen für die Mitarbeiter des BAMF nicht erkennbar, weil keine
84 Ausweise vorliegen.

85 Bereits 2016 sind entsprechende Programme in Erprobung gewesen, aber aus Datenschutzgründen nicht
86 zum Einsatz gekommen. Der Datenschutz sollte hier nur eine untergeordnete Rolle spielen.

87

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

88

89

90 **Antrag Nr. 5** **Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

91
92 **Betrifft: Schutz christlicher Flüchtlinge**

93
94 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

95
96 Die CDU Südbaden setzt sich dafür ein, dass sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel mit aller Entschiedenheit zum Schutz christlicher Flüchtlinge in deutschen Flüchtlingsunterkünften eingesetzt werden.

97
98
99 **Begründung:**

100 In den vergangenen Monaten häufen sich die Medienberichte über Bedrohungen, Diskriminierungen und
101 Gewaltanwendungen christlicher Flüchtlinge in deutschen Asylbewerberheimen. Es ist nicht hinnehmbar,
102 dass christliche Flüchtlinge in Deutschland denselben traumatischen Erfahrungen religiöser Verfolgung wie
103 in ihren Herkunftsländern, den sie eigentlich durch ihre Flucht entkommen wollten, ausgesetzt sind.

104 Es muss sichergestellt werden, dass die Erfassung der Religionszugehörigkeit von Flüchtlingen und die Zusammenlegung und separate Unterbringung von nicht-muslimischen Minderheiten, gewährleistet sind. Der
105 Anteil von nicht-muslimischen Minderheiten gegenüber Muslimen muss in etwa gleich sein. Es müssen
106 genügend Vertrauenspersonen für die von Übergriffen betroffenen, christlichen Flüchtlinge bereitgestellt
107 werden. Ferner muss das Sicherheits- und Betreuungspersonal nach Kriterien ausgewählt werden, die einen
108 religions-neutralen Umgang mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gewährleisten.
109
110

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

111

112

113 **Antrag Nr. 6** **Antragssteller: Frauen Union Südbaden**

114

115 **Betrifft: Pränataler Bluttest**

116

117 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

118

119 Die CDU Südbaden setzt sich dafür ein, den pränatalen Bluttest zur Feststellung von Trisomie 21, Trisomie
120 18 und Trisomie 13 ab der 10. Schwangerschaftswoche, nicht als Krankenkassenleistung zuzulassen.

121

122 **Begründung:**

123 Der pränatale Bluttest wird bisher von den Krankenkassen nicht bezahlt, sondern zählt zu den individuellen
124 Gesundheitsleistungen (IGeL). Wenn er aber Krankenkassenleistung wird, ist absehbar, dass er dramatisch
125 häufiger durchgeführt wird. Für Schwangere kann dadurch der Eindruck entstehen, sie müssten es begründen,
126 wenn sie den Test nicht durchführen lassen wollen.

127 Aus Haftungsgründen sind Ärzte verpflichtet, Schwangere über eine nachgewiesene Trisomie umfassend
128 aufzuklären. Daher gerät ein Arzt in die Situation, aus rechtlichen Gründen auch eine diagnostische
129 Methode anzubieten, die er ggf. aus Gewissensgründen ablehnt. Dadurch kann eine schwangere Frau unter
130 starken Druck geraten, das behinderte Kind abzutreiben. Eine freie Entscheidung ist eingeschränkt.

131 Alle Bemühungen um Inklusion werden obsolet, wenn es auf der anderen Seite legitim ist, Behinderte nach
132 einem Bluttest auszusortieren. Hier geht es ganz klar um Selektion und die Verhinderung erbkranken Nachwuchses.

133
134 Der pränatale Bluttest wird für das ungeborene Kind als risikolos angepriesen. Das ist nur richtig, wenn der
135 Test zu einem negativen Ergebnis führt. Bei einem positiven Befund entscheiden sich jedoch 98 % der betroffenen
136 Frauen für eine Abtreibung. In diesem Fall ist das Lebensrisiko für das ungeborene Kind hoch.

137

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

138 **Antrag Nr. 7** **Antragssteller: Junge Union Südbaden**

139

140 **Betrifft: Netzabdeckung und WLAN im ÖPNV in Südbaden**

141

142 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

143

144 Auch der ÖPNV muss für die digitalen Herausforderungen nachgerüstet werden. Die CDU Südbaden fordert
145 daher als Minimalziel, durchgehenden Mobilfunk- und LTE-Empfang auf den Nah- und Fernverkehrsstrecken
146 der Bahn in Südbaden sicherzustellen. Darüber hinaus fordert die CDU Südbaden, mittelfristig flächen-
147 deckend gebührenfreies WLAN im öffentlichen Nahverkehr in Südbaden bereitzustellen. Die Landesregie-
148 rung und die Landkreise werden daher aufgefordert, ihre Ausschreibungskriterien für den ÖPNV entspre-
149 chend anzupassen.

150

151 **Begründung:**

152 Mobilfunkempfang und Internetverbindung sind mittlerweile entscheidende Kriterien bei der Frage, ob
153 jemand die Angebote des ÖPNV nutzt. Wenn ÖPNV Angebote auch weiter attraktiv gemacht und gehalten
154 werden sollen, führt kein Weg daran vorbei, diese auch zeitgemäß an Mobilfunk und Internet anzubinden.
155 Die Zeit in Bussen und Bahnen kann damit effektiv genutzt werden und bringt somit einen echten Mehrwert
156 gegenüber dem Auto mit sich. Der derzeitige Zustand, dass nicht einmal stabile Telefonverbindungen,
157 geschweige denn Internetverbindungen im heute üblichen LTE Standard auf zentralen Verkehrsachsen wie
158 der Rheintalbahn gewährleistet werden können, ist schlicht nicht zeitgemäß und unterstreicht den Zustand
159 Deutschlands als digitales Entwicklungsland, gerade im ländlichen Raum.

160 Spätestens nach dem Wegfallen der Störerhaftung spricht zudem nichts mehr gegen eine kostenfreie
161 Bereitstellung einer WLAN-Internetverbindung, so wie sie bereits heute auch in den Fernverkehrszügen der
162 Bahn und den Fernbussen privater Anbieter zur Verfügung gestellt wird. Der Verband der Region Stuttgart
163 hat kürzlich beschlossen, dass in den kommenden zwei Jahren alle S-Bahnen mit kostenfreiem WLAN ausge-
164 stattet werden sollen. Was in der Region Stuttgart technisch und finanziell umsetzbar ist, muss auch in Süd-
165 baden Standard sein. Auch das ist eine Gleichbehandlung von Ballungsräumen und ländlichem Raum, für die
166 wir eintreten.

167

168

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

169

170

171 **Antrag Nr. 8** **Antragssteller: Junge Union Südbaden**

172

173 **Betrifft: Zukunft der Mobilität**

174

175 Der Bezirksparteitag der CDU Südbaden am 28. Oktober 2017 möge beschließen:

176

177 Die CDU Südbaden fordert eine vorausschauende Planung bei der digitalen Infrastruktur im Straßenverkehr
178 und der Zukunft der (digitalisierten) Mobilität. Der Bau zukünftiger Projekte wie Brücken und Tunnel sowie
179 notwendigen Reparaturen bestehender Straßen muss derart erfolgen, dass moderne Technik – die Digitali-
180 sierung ist auf lange Zeit nicht abgeschlossen und wird sich immer weiter entwickeln – durch Module ohne
181 großen Kostenaufwand nachgerüstet werden kann und die Infrastruktur somit jederzeit auf dem aktuellsten
182 Stand bleibt.

183 Die CDU Südbaden fordert zur Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit im Straßenverkehr eine zeitnahe
184 Anpassung der StVO (Straßenverkehrsordnung), des StGB (Strafgesetzbuch), des StVG (Straßenverkehrsge-
185 setz) und die Regelung neuartiger Haftungsfragen zum „Halb- und Vollautonomen Fahren“ und dem „Intel-
186 ligen Verkehrsfluss“.

187 Die Kaufprämie für Elektroautos setzt falsche Anreize und verfehlt ihr Ziel, langfristig mehr Elektroautos auf
188 die Straße zu bringen. Wir fordern stattdessen, die Gelder gewinnbringender als Anreize zum Ausbau einer

189 leistungsfähigen Ladeinfrastruktur (z.B. an Tankstellen) sowie zur Steigerung der Forschung und Entwick-
190 lung neuer Mobilitätskonzepte und Antriebsformen einzusetzen. Die CDU Südbaden spricht sich dabei ge-
191 gen eine Elektroautoquote und für Technologieneutralität bei der Förderung neuer Antriebsformen und
192 Mobilitätskonzepte aus. Eine einseitige Förderung der Elektromobilität ohne dabei andere alternative An-
193 triebs- und Kraftstoffe zu berücksichtigen lehnen wir ab.

194
195 **Begründung:**

196 Der digitale Wandel verschärft nicht nur den Wettbewerb zwischen Unternehmen, es entsteht auch eine
197 neue automobilwirtschaftliche Konkurrenz der Staaten und Kontinente. Dies birgt sowohl Chancen als auch
198 Risiken für das Automobilland Deutschland. Aus dieser sprunghaften Weiterentwicklung der Mobilität be-
199 gründet sich eine Verpflichtung der Landes- und Bundesregierung zur aktiven Mitgestaltung dieser Ent-
200 wicklung in Form einer vorausschauenden Infrastrukturplanung und der Koordinierung einzelner Akteure
201 von Automobilindustrie, Energieversorger und Automobilverbänden.

202 Da in selbstfahrenden Autos keine Menschen, sondern Computer Aktionen steuern, ist im Vorfeld die
203 Haftungsfrage bei auf fehlerhafter Kommunikation mit öffentlichen Ampeln und Sensoren basierenden
204 Verkehrsverstößen oder Verkehrsunfällen zu regeln, um Schuldfragen besser klären zu können.

205 Es ist nicht Aufgabe der Politik, Herstellern vorzuschreiben, was diese zu produzieren haben. Ebenso wenig
206 weiß die Politik besser als Kunden und Hersteller, welche Antriebsform am besten geeignet sein wird den
207 Automobilstandort Deutschland zu sichern und dabei die Bedürfnisse der Kunden und Autofahrer am besten
208 abdeckt. Die aktuelle Debatte ignoriert mit dem alleinigen Fokus auf die Elektromobilität nahezu vollständig
209 alternative Antriebs- und Kraftstoffformen. So können beispielsweise moderne Verbrennungsmotoren mit
210 synthetischen und emissionsfreien Kraftstoffen, die sich derzeit ebenso in der Entwicklung befinden wie
211 Elektroantriebe, dem Verbrennungsmotor durchaus eine Zukunft geben. Daher muss die Entwicklung unter-
212 schiedlicher Antriebsformen gefördert werden, um das Risiko der deutschen Automobilhersteller zu redu-
213 zieren, dass sich eine Antriebsform nicht durchsetzen könnte.

214
215

Empfehlung der Antragskommission:	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
	<input type="checkbox"/> erledigt	
	<input type="checkbox"/> Ablehnung	

216